Nr. 634 46. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 12. Dezember 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Oertliche Erfolge in Italien.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb in mäßigen Grenzen.

Im November beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballone und 205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 60 Flugzeuge und 2 Fesselballone verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

In einzelnen Abschnitten zwischen Brenta und Piave entwickelten sich örtliche Kämpfe, in denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

*

Wien, 11. Dezember.

Aus dem Kriegspressequartier wird abends mitgeteilt: Zwischen Piave und Brenta erzielten wir im Angriff Erfolge.

Vor der neuen Tagung des italienischen Parlaments.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 12. Dezember.

„Corriere della Sera" erläßt heute die jeder Parlamentssession vorausgehende Ermahnung an die Volksvertreter, für einmal eine Ausnahme zu machen und das Wohl und Wehe des Landes in ihrer gemeinsamen Arbeit den persönlichen Interessen und kleinlichen Intrigen der parlamentarischen Wandelgänge voranzustellen. Es könne sich in dieser für Italien so ernsten Zeit nicht darum handeln, der Regierung in Einzelfragen Opposition zu machen, vielmehr müsse man dem Kabinett, solle dieses seinen Verpflichtungen dem Lande gegenüber gerecht werden können, die größte Handlungsfreiheit lassen. Für die parlamentarische Kontrollkommission sei daher heute im politischen Leben Italiens kein Platz, dagegen sei der Wunsch nach Geheimsitzungen verständlich, wenn man sich auch hinsichtlich dessen, was die Regierung dem Parlament über die traurigen Ereignisse der letzten Zeit jetzt schon werde mitteilen können, keinen allzu großen Hoffnungen hingeben dürfe. Allzuviel sei da noch unabgeklärt. „Idea Nazionale" erteilt der Kammer noch kategorisch Weisungen, die in dem Satze gipfeln: „Was das italienische Volk heute von euch verlangt, ist, daß ihr euch weniger als Parlamentarier und mehr als Italiener fühlt."

Die Revolution in Portugal.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 12. Dezember.

Die portugiesische Gesandtschaft in Haag teilt mit, sie habe ein Telegramm aus Lissabon erhalten, daß eine revolutionäre, rein republikanische Bewegung sich zwischen dem 3. und 5. Dezember durchsetzte und zur Wahl eines Ausschusses unter dem Vorsitz des portugiesischen Obersten und Universitätslehrers in Coimbra, Silva Paes, führte, in dem sich außerdem noch Machado Santos und ein Offizier des Heeres Feliciano Costa befänden. Der Ausschuß hat, wie bekannt, im „Staatsanzeiger" das Bündnis zwischen England und Portugal bestätigt, ebenso alle anderen internationalen Verpflichtungen Portugals.

Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz, Auswärtige Angelegenheiten und Krieg Sidonio Paes, Inneres Machado Santos, Unterricht Alfredo Magelhaes, Justiz Mora Pinto, Oeffentliche Arbeiten Feliciano Costa, Marine Oreste Branco, Handel Xavier Esteves, Finanzen Santos Viegas, Kolonien der Abgeordnete Tamagnini Barboza.

Die Lage in Rußland.

Zwei neue Minister. — Wechsel in der Leitung des Generalstabes. — Abreise der ausländischen Militärattachés zu Kaledin?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Schweizer Grenze, 12. Dezember.

Der russische Mitarbeiter des „Berner Bund" meldet: Die Regierung der Räte in Petersburg ernannte Petrowski zum Minister des Innern und Muranow zu dessen Gehilfen. Die beiden neuen Minister waren Mitglieder der sozialistischen Fraktion der letzten Reichsduma. Die Regierung ernannte ferner den General Michael Bontsch-Brujewitsch zum Chef des russischen Großen Generalstabes. — Eine englische Meldung besagt, daß die ausländischen Militärattachés in Petersburg nach Süden abgereist seien; wie verlautet, werden sich die fremden Offiziere zu Kaledin begeben, bei dem auch der Vorsitzende der jetzigen Reichsduma, Rodsjanko, sich befindet. Die Regierung in Petersburg hat die Goldbestände aller russischen Banken einschließlich der Staatsbank beschlagnahmt. Die „Basler Nachrichten" melden: Infolge der andauernden Schließung der Staatsbanken und des mehrtägigen Streiks der Privatbanken begegnet der Umlauf der Noten sehr großen Schwierigkeiten. Die Banken von Petersburg geben keine größeren Beträge aus, als 1000 Rubel, die anderen Banken zahlen nur 300 Rubel aus. Die Lage in der Provinz ist infolge des Geldmangels kritisch geworden. Die Petersburger Banken erhalten Tausende von Telegramme, in denen die Filialen sie um Zusendung von Fonds ersuchen. Sie können jedoch dem Wunsche nicht Folge leisten, da jeglicher Abtransport von Geld verboten ist.

Kopenhagen, 12. Dezember. (W. T. B.)

„Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Der neue Gesandte der Bolschewiki in Stockholm Worowski erklärte auf Befragen, er sei überzeugt, daß die verfassunggebende Versammlung die Regierung der Bolschewiki unterstützen und sich für die Unabhängigkeit Finnlands und Polens aussprechen werde. Er betrachte es als selbstverständlich, daß die Befestigungen auf den Aalandsinseln beseitigt und daß es der Bevölkerung Finnlands und der Aalandsinseln überlassen werde, selbst über das zukünftige Schicksal der Inselgruppe zu bestimmen. Schließlich erklärte er noch, daß die ungeheure Staatsschuld Rußlands herabgesetzt werden müsse, da Rußland sie unmöglich bezahlen könne.

Die Strafverfolgung gegen Caillaux.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 12. Dezember.

Havas meldet: Die Regierung hat der Kammer das Ersuchen des Militärgouverneurs von Paris um Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Caillaux und Loustelot mitgeteilt.

Paris, 12. Dezember. (Agence Havas.)

Nach dem Schriftstück, in dem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux' nachgesucht wird, soll dieser sich eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben durch Umtriebe, die geeignet gewesen seien, die Bündnisse Frankreichs bloßzustellen, ferner des Einverständnisses mit dem Feinde und drittens einer ylaumachenden Propaganda (propagande défaitiste). Für diese Anklagen sind die Kriegsgerichte zuständig. Sollte aber die Anklage auf Anschlag gegen die Staatssicherheit endgültig aufrechterhalten bleiben, so würde Caillaux vor den Staatsgerichtshof verwiesen werden müssen.

Die Teuerungszulagen für Staatsbeamte.

Ein vom Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses eingesetzter Unterausschuß hat in sieben Sitzungen über die Teuerungsanträge der verschiedenen Parteien beraten und heute dem Ausschuß Bericht erstattet. Der **Finanzminister** erklärte sich mit dem Beschluß des Unterausschusses **einverstanden, daß sofort eine einmalige Teuerungszulage von 200 Mark für die Verheirateten, für jedes Kind 20 Mark mehr** und für die **Alleinstehenden 150 Mark** gezahlt werden sollen. Der Minister sagte ein gleiches Vorgehen des Reiches zu; die laufenden Kriegsbeihilfen jetzt zu erhöhen, konnte sich der Minister nicht entschließen, er stellte aber eine Prüfung in Aussicht, wenn die Verhältnisse sich ändern sollten.

Ein fortschrittlicher Antrag verlangte die Erhöhung der laufenden Zuwendungen vom 1. Februar ab, wurde aber schließlich zugunsten einer Entschließung aller Parteien zurückgezogen, in der gefordert wird, daß mit Beginn des neuen Etatsjahres eine Erhöhung der laufenden Zuwendungen erfolgen soll. Zu diesem Zweck soll vom 15. Februar an der Unterausschuß wiederum die Verhältnisse prüfen. Bezüglich der zum Heeresdienst Eingezogenen bestätigte der Minister auf eine fortschrittliche Anfrage, daß die Beträge der einmaligen Zahlung nach den jetzt geltenden Grundsätzen auch für diese Beamten eingerechnet werden sollen. Fortschrittliche, Nationalliberale und Zentrumsredner wiesen auf die unerträglichen Zustände hin, die sich hinsichtlich der Zuwendungen für die Lehrpersonen herausgebildet haben. Ein Fortschrittler führte eine Reihe von Fällen an, wonach zahlreiche Lehrpersonen überhaupt noch keine Zuwendungen erhalten haben. Der Minister stellte Abhilfe in Aussicht. Bezüglich der Pensionäre konnte sich die Regierung für eine gesetzliche Regelung nicht entschließen, sie widersprach auch dem einmütigen Willen des Ausschusses, die Zuwendungen für die Ruhestandsbeamten gleich zu halten mit denen für die aktiven, erklärte sich aber bereit, die Erlasse in weiterem Entgegenkommen auszubauen und namentlich auch einen Teil der Einnahmen nicht anzurechnen, die Beamten aus vaterländischem Hilfsdienst zufließen. Ein sozialdemokratischer Antrag wollte die Freilassung dieser Einnahmen bis 1500 Mark, der Ausschuß einigte sich auf den Betrag von 1000 Mark.

Ein gerechter Ausgleich.

Zur Frage der Kriegsgefangenenbeschäftigung.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Max Quarck,
Mitglied des Reichstags.

In einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstags kam im Anschluß an die Ausführungen des Abgeordneten David die Frage zur Sprache, ob die heimische Landwirtschaft dieselben Kriegsopfer bringen müsse wie die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten. Die konservativen Mitglieder des Ausschusses bekräftigten durch laute Zurufe, daß dem so sei, und daß sie namentlich in bezug auf Zugtierstellung von der Heeresleitung genau so in Anspruch genommen würden wie die Landwirte in den östlichen und westlichen Grenzgebieten. Die Linke konnte leise Zweifel noch immer nicht unterdrücken, und es kam zu keiner sachlichen Klärung der Frage. Das war sehr bedauerlich. Dann hätte man nämlich über ein anderes Gebiet der Kriegswirtschaft sprechen können, auf dem die heimische Landwirtschaft sogar vor anderen heimischen Gewerben ganz unvergleichlich bevorzugt wird. Das ist die Art, wie ihr Kriegsgefangene als Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden; und es ist noch lange nicht bekannt genug, wie sie mit den Vorteilen, die sich daraus ergeben, ihre sonstigen Belastungen sehr wesentlich weitmachen kann.

Bei der Hergabe von Kriegsgefangenen zu Arbeitszwecken wird folgendermaßen verfahren: Industrie, Gewerbe und Handwerk haben ziemlich strenge Bedingungen. Sie müssen die gleichen Lohnsätze wie für freie deutsche Arbeiter bezahlen, sowie die Kosten für ärztliche Behandlung der Gefangenen. Die Heeresverwaltung trägt lediglich die Kosten der Bekleidung und vergütet für Unterkunft, Verpflegung, Ausfall der Sonntagsarbeit usw. durchschnittlich 2,40 Mark für den Arbeiter. Da aber bekanntlich unter den heutigen Verhältnissen dafür eine hinreichende Verpflegung an arbeitende Menschen kaum zu bestreiten ist, so legt der gewerbliche Unternehmer auf den Lohn noch einen größeren oder kleineren Betrag zu. Dabei steht die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen nicht immer auf der Höhe der Leistungen deutscher Arbeiter. Die Lohnverhältnisse in Industrie und Gewerbe schließen somit von vornherein aus, daß Unternehmer einen Kriegsgefangenen beschäftigen, wenn sie es nicht unbedingt nötig haben.

In der Landwirtschaft stehen die Dinge ganz anders. Hier sind an die Kriegsgefangenen neben Unterkunft und Verpflegung, die aus der Naturalwirtschaft des Unternehmers viel leichter gewährt werden können als von der Industrie, an Lohn für den Arbeitstag nur 30 Pfennig für kriegsgefangene Mannschaften und 50 Pfennig für kriegsgefangene Unteroffiziere zu zahlen. Die Kosten für ärztliche Behandlung, die in der Industrie der Unternehmer zu zahlen hat, trägt hier seltsamerweise die Heeresverwaltung; die Bekleidung stellt sie, wie bei den Kriegsgefangenen für die Industrie, aber sie gibt außerdem einen Barzuschuß von 60 Pfennig für jeden Verpflegungstag. Man sieht, wie unvergleichlich besser und pfleglicher die Landwirtschaft bei der Verwendung von Kriegsgefangenen behandelt wird. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß den landwirtschaftlichen Unternehmern aus diesen Bedingungen nochmals ein reicher Profit neben demjenigen zufließt, den sie aus den ungeheuer hohen Preisen ihrer Produkte erlösen. Daß eine große Anzahl landwirtschaftlicher Unternehmer Kriegsgefangene beschäftigen, lediglich der billigen Löhne halber und ohne, daß sie nachweisen könnten, sie hätten durch den Krieg eine Beschränkung in der Möglichkeit der Beschäftigung von Arbeitskräften erfahren, das ist öffentliches Geheimnis. Sind denn aber jene Beschäftigungsbedingungen für die Landwirtschaft so unabänderlich und geheiligt, daß an gar keine Angleichung an die Bedingungen zu denken wäre, unter denen Industrie und Gewerbe Kriegsgefangene beschäftigen müssen? Schon die noch immer steigende Nachfrage nach Arbeitskräften für Industrie und Verkehr legt es nahe, nach einer solchen Angleichung zu suchen.

Da käme nun in erster Linie der Wegfall des Verpflegungszuschusses von 60 Pfennig in Betracht. Bei der außerordentlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Einnahmen läßt er sich unmöglich mehr rechtfertigen, am allerwenigsten für die Landwirtschaft allein. Sachkenner, die ich gefragt habe, sagen mir, daß dieser Wegfall von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern mit Leichtigkeit ertragen werden könnte, und daß ihnen selbst dann noch der Kriegsgefangene wesentlich billiger stehe als ein freier deutscher Arbeiter. Wenn man ganz vorsichtig verfahren wollte, könnte ländlichen Kriegerfrauen, die in ihrer Arbeit allein stehen und durch die Einberufung ihres Mannes direkt gezwungen sind, die Hilfe eines Kriegsgefangenen in Anspruch zu nehmen, sowie bei ähnlichen Verhältnissen die alte Vergünstigung weitergewährt werden. Gerade weil man solche Fälle nicht ausgeschieden hat, konnten die größeren landwirtschaftlichen Unternehmer, die sich nicht in der Notlage alleinstehender Bauersfrauen befinden, die Vergünstigung in vielfacher Multiplikation ausnutzen. Es ist dies dieselbe Erscheinung, die wir so oft im Laufe der Jahre auf landwirtschaftlichem Gebiete beobachtet haben; eine für die Kleinen und Notleidenden geschaffene Einrichtung wird nachher gründlich von Großagrariern ausgenutzt.

Für größere landwirtschaftliche Betriebe mit ihren außerordentlich beträchtlichen Kriegseinnahmen könnte aber außerdem sehr gut eine Erhöhung des Lohnsatzes von 30 Pfennig auf 1 Mark bis 1,30 Mark für die Mannschaften und von 50 Pfennig auf 1.50 Mark für die Unteroffiziere stattfinden. Damit wäre immer noch lange nicht die Entschädigung erreicht, die die Industrie zahlen muß! Die ziffernmäßigen Unterlagen für unsere Berechnung können wir hier nicht mitteilen. Aber wir sind ganz sicher, daß die Heeresverwaltung durch diese Lohnregelung und diese Ausgleichung der Beschäftigungsbedingungen für Landwirtschaft und Industrie jährlich mehrere Hunderte von Millionen Mark ersparen würde. Danach bekommt man einen Begriff von der Barsubvention, die der deutschen Landwirtschaft aus den bisherigen Beschäftigungsbedingungen für ihre Kriegsgefangenen zufließt.

Damit soll die wichtige Frage zur Diskussion gestellt sein. Man wird zugeben, daß es sich lohnt, ausführlich über sie zu sprechen.

Asquith über den Brief Lansdownes.

Rede in Birmingham.

London, 12. Dezember. (Reuter.)

Asquith hielt in Birmingham eine Rede, in der er zunächst erwähnte, er müsse sich vor Augen halten, daß er nicht nur zu den unmittelbaren Zuhörern spreche, sondern ebenso zu der unsichtbaren Zuhörerschaft seiner Landsleute, der Alliierten, der neutralen Welt und des Feindes. Das sei Grund genug zur Vorsicht und zur Abwägung der Worte, wie zur Vorsicht gegen plausible, aber ungerechtfertigte Folgerungen sowie zur Vermeidung unreifer Rhetorik. Aber damit sei keine Rechtfertigung gegeben dafür, sich auf sichere und farblose Allgemeinheiten zu beschränken. Er werde bestrebt sein, seine Meinung bestimmt und klar abzugeben.

Asquith fuhr fort: „Ich kann nicht vergessen, daß ich mit meinem Freunde und Amtsgenossen Sir Edward Grey eine größere Verantwortung habe, als sie jemand in der Geschichte vorlag. In der Tat, die Verantwortung war angesichts der sichtbaren und voraussehbaren Umstände der Zeit schwer. Sie ist aber noch schwerer geworden in den folgenden Jahren, in denen wir Zeuge waren, wie der Schauplatz des Krieges sich vergrößerte, bis er mittelbar oder unmittelbar die weite Mehrheit der Bevölkerung der Welt ergriffen hat. Schwer ist tatsächlich die Verantwortlichkeit eines jeden, dessen Hände teilhatten an der Entfachung des Feuers, das diesen Kessel mit seiner höllischen Glut geheizt hat. Wir haben es nicht gesucht. Wir hätten uns fernhalten können mit der Ausrede, daß unsere Verpflichtung Belgien gegenüber eine gemeinschaftliche und nicht eine Sonderverpflichtung war. Mit anderen Worten, wir hätten für uns den Frieden haben können um den Preis einer Rechtsverdrehung, um den Preis der Schande. Wir waren der Ansicht, daß der Friede, dieses unschätzbarste der menschlichen Güter, einen solchen Preis nicht wert war. Ich behaupte entschieden: Mit aller Kenntnis, die wir jetzt haben von den damals unverstehbaren Schrecken eines weltumfassenden Krieges: Sollte ich noch einmal die Zeit durchleben,

ich würde dieselbe Entscheidung treffen.

(Beifall.) Stellen Sie sich nur vor, daß der Krieg mit einem Frieden endet, der die Erreichung unserer ursprünglichen Ziele sicherstellt und damit an sich die Bürgschaften für seine Dauer enthält. Ein solcher Frieden ist das oberste beherrschende Bedürfnis der Welt geworden, und es gibt derzeit keinen größeren Feind des Menschengeschlechts als den Mann, der durch Wort oder Tat die Erreichung des Friedens erschweren würde."

Hierauf sprach Asquith von dem

Brief Lansdownes

und nachdem er Lansdownes politischen Fähigkeiten, dem Werte seiner Ratschläge und der Wärme seiner Vaterlandsliebe Anerkennung gezollt hatte, fuhr er fort: „Ich wußte von seinem Briefe nicht mehr als irgendein Mitglied der Regierung, bis ich ihn in der Presse sah, und ich trage keine Verantwortung für seinen Inhalt, weder direkt noch indirekt, aber ich muß bekennen, daß viel von der Kritik, die dem Briefe widerfahren ist, mir daher zu rühren scheint, daß Meinungen und Absichten hineingelesen worden sind, die ich nicht darin finde. Wenn Lansdowne vorgeschlagen hätte, daß wir unsere Kriegsführung abschwächen oder die Sache eines oder mehrerer unserer Verbündeten preisgeben sollen, oder daß wir den Feinden, die es bisher ständig ablehnten, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten (?), mitteilen sollen, daß wir bereit sind, um Frieden zu bitten — und ich sehe, daß alle diese Auslegungen seinem Briefe entweder im Inland oder in anderen Ländern zugeschrieben worden sind — so sind wenige unter uns, die sich von irgendwelchen derartigen Vorschlägen nicht abwenden würden. Ich aber nehme an, daß sein Hauptargument folgendes war: Die Alliierten sollten, während sie den Krieg kraft- und zielvoll fortsetzen, bemüht sein, den Völkern der Welt, sowohl den Kriegführenden wie den Neutralen, immer mehr klar zu machen, daß die einzigen Ziele, für die wir kämpfen, nationale und uneigennützige Ziele an sich sind und daß es diejenigen Ziele sind, für die wir in den Krieg eingetreten sind, und daß wir durch ihre Erreichung, unserer Ueberzeugung nach, nach einer dauernden Friedensbürgschaft trachten, begründet durch die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes. Um die jüngsten Worte des Präsidenten Wilson zu gebrauchen, so ist das Ziel zu wirksamer Geltung zu bringen: die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker, die fortan den Weltfrieden verbürgen müssen. Selbst jetzt ist es reichlich klar, daß nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder künstlich im Dunkeln gehalten werden über unsere tatsächlichen Absichten sowohl hinsichtlich der Krieges wie des Friedens, und ich werde weiter tun, was ich kann, um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen."

Haag, 11. Dezember.

„Westminster Gazette" äußert sich zu dem „einzigen Frieden", ausgehend von den jüngsten Aeußerungen des Generals Ludendorff und der Rede Kühlmanns im Hauptausschuß. Ludendorffs Erklärung sieht das Blatt als die unumwundene Mitteilung an, daß der Feind sich für den Sieger halte. Kühlmanns geeignetere Andeutung, daß man auf inoffizielle Weise oder in einem „Gasthaus am Wege" Gelegenheit finden könnte, über Deutschlands Friedensbedingungen aufgeklärt zu werden, ohne sich zu kompromittieren, werde dadurch widerrufen. Solange Deutschland sich als den Sieger bezeichne, halt die „Westminster Gazette" die Erklärung für nötig, daß alle derartigen Pilgerfahrten ausgeschlossen seien. Selbst wenn die Russen einen Leninischen Frieden schließen wollten, so werde England nicht einen Frieden zur Wahrung seines Gesichtes, sondern einen Frieden zur gründlichen Reform der internationalen Methoden Europas, zur Befreiung der Menschheit von der Macht des Schwertes" erstreben. Hierfür und für Zurückgabe und Wiederherstellung, die dafür die Vorbedingung sind, will England unerschütterlich kämpfen, und wenn deutsche Staatsmänner mit England verhandeln wollen, so ist das „die einzige Grundlage". Asquiths Blatt spricht in diesen Ausführungen eine durchaus offiziöse Sprache.

*

Asquith sagt in seiner neuen Rede, man habe in Lansdownes Brief etwas hineingelesen, was nicht darin enthalten gewesen sei. Was hat Lansdowne geschrieben? Erstens, daß einige der Wünsche, die ursprünglich von der Entente gehegt wurden, „wahrscheinlich unerreichbar geworden" seien, die Wiederherstellung Belgiens aber „an erster Stelle bestehen bleibe". Zweitens, daß die Verbündeten „ihre territorialen Forderungen revidieren" müßten. Drittens, daß England den Krieg nicht verlieren werde, seine Verlängerung aber „den Untergang der Kulturwelt" bedeuten würde, und daß der Krieg „bereits viel zu lange gedauert" habe. Ferner hat sich Lansdowne gegen die Verdrängung des deutschen Handels, für die Regelung der Freiheit der Meere und für die Schiedsgerichte ausgesprochen. Dieser Brief konnte nicht nur als eine Antwort auf die Reden Lloyd Georges und die Aeußerungen anderer Kriegspolitiker, sondern auch als eine Antwort auf die Rede gelten, die am 11. Oktober Asquith in Liverpool gehalten hatte. In dieser Rede hatte Asquith sich gegen den Staatssekretär v. Kühlmann gewendet, der soeben zur elsaß-lothringischen Frage sein „niemals!" gesprochen hatte, und gesagt: „Ich ziehe vor, daß der Krieg bis zur endgültigen Entscheidung weitergeht, als daß er durch ein unvollständiges Kompromiß zu Ende gebracht werden sollte." Will sich Asquith jetzt Lansdowne nähern, indem er ihn vor der Oeffentlichkeit verteidigt? Es sieht beinahe so aus. Aber es wäre gut, wenn sich die Staatsmänner endlich eine klarere Ausdrucksweise angewöhnen wollten. Asquith behauptet, die deutsche Regierung habe bisher ständig abgelehnt, ihre Bedingungen anzugeben oder auch nur anzudeuten. An Andeutungen hat es, wenigstens in der belgischen Frage, nicht gefehlt, und die Ententeregierungen könnten sofort, wenn sie nur wollen, auf hundert verschiedenen Wegen Genaueres erfahren. Asquith aber spricht auch nur recht allgemein von „nationalen und uneigennützigen Zielen", und man würde weit lieber wissen, ob England zum Beispiel in der Türkei auch nur „uneigennützige" Ziele hat. Er erklärt, er wolle weiter tun, was er könne, um den Schleier zu lüften und einen Lichtstrahl hineinzulassen. Diesmal hat er nicht viel gelüftet und man hat nur, wie gesagt, die Empfindung, daß er, gerade durch seine vieldeutigen Worte, eine gewisse vorsichtige Annäherung an Lansdowne erstrebt.

Die Verwendung der deutschen Dampfer in Amerika.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 12. Dezember.

Von den für amerikanische Truppentransportzwecke beschlagnahmten deutschen Hochseedampfern nennt das Pariser „Journal" auf Grund Washingtoner Depeschen folgende: „Vaterland" (jetzt: „Leviathan"), „Kronprinzessin Cecilie" („Mont Vernon"), „Wilhelm II." („Agamemnon"), „Cincinaty" („Covington"), „Der große Kurfürst" („Aeolus"), „Barbarossa" (Mercury), „Prinzessin Irene" („Pocahontas"), „Friedrich der Große" („Huron"), „Hamburg" („Cowhitan"), „Rhein" („Susquahanna"), „Neckar" („Antigone"), „König Wilhelm" („Madawasca") ferner „Georges Washington", „Präsident Lincoln", „Präsident Grant", „America".

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. **Berlin,** 11. Dezember. (W. T. B.)

Eines unserer U-Boote hat im Atlantischen Ozean neuerdings **3 Dampfer und 1 Segler** vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Etaena" mit Hafer, den englischen Schoner „Conovium" mit Grubenholz sowie zwei größere bewaffnete Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Entente in Jerusalem.

London, 11. Dezember. (Reuter.)

Die Besetzung Jerusalems hat Probleme von großer internationaler Bedeutung mit sich gebracht. Jerusalem wurde von der britischen Armee mit Hilfe von französischen und italienischen Truppenkontingenten erobert. Es verlautet, daß General Allenby einen britischen Militärgouverneur einsetzen wird. Es wird also die englische Flagge über Jerusalem wehen, während gleichzeitig die französische und italienische auf den nationalen Bestimmungen dieser Länder, wie Schule, Klöstern usw. gehißt werden soll. Zuerst wird der Belagerungszustand verhängt werden. Es werden keine Versuche unternommen werden, die zukünftige Stellung der Stadt vor dem allgemeinen Friedensschluß zu regeln. Inzwischen wird die Stadt als im militärischen Besitz des Generals Allenby befindlich betrachtet werden.

Brasiliens Maßnahmen gegen Deutschland.

Der Kongreß in Rio de Janeiro hat, wie der Deutsch-Brasilianische Handelsverband mitteilt, die brasilianische Regierung ermächtigt, aus Anlaß der Kriegserklärung an Deutschland unter anderem folgende Maßnahmen zu ergreifen: Zurückhaltung von Waren, die für feindliche Länder bestimmt sind oder aus solchen stammen, in den Zollämtern, Aufhebung des Rechtes an industriellem Eigentum, Beschlagnahme deutschen Eigentums in Brasilien, Erlaubnis der Ausbeutung deutscher Patente durch Brasilianer, Aufhebung von Verträgen über Regierungsarbeiten, die mit Deutschen eingegangen sind, Untersagung der Vergebung von Landkonzessionen an Deutsche, Ueberwachung der deutschen Banken und Geschäftshäuser und eventuell Entziehung von deren Konzessionen, Verbot der Veräußerung deutschen Besitzes, Verbot der Ausfuhr von Wertpapieren und gemünztem Gelde nach feindlichen Ländern, Nichtigkeitserklärung von Geschäfts- und Gesellschaftsverträgen mit Deutschen.

Fliegerschule.

Von [Nachdruck verboten.]

Artur Fürst.

Der 17. Dezember 1903 war der weltgeschichtliche Tag, an dem, von den vorhergehenden Gleitversuchen abgesehen, einem Menschen zum erstenmal ein Flug gelang. Der Schauplatz befand sich in den Dünen von Kitty Hawk im amerikanischen Staat Nord-Carolina nahe der Chesapeake-Bai. Das Flugzeug war von den Brüdern Wilbur und Orville Wright erbaut worden, die damit — in den Spuren des deutschen Ingenieurs Otto Lilienthal — das Flugzeugzeitalter eröffneten. Diese erste Luftfahrt dauerte 59 Sekunden und führte über 260 Meter.

Trotz des uns heute so überaus bescheiden dünkenden Ergebnisses wollte damals niemand an die Tatsächlichkeit des Vorganges glauben. Man hielt die Berichte darüber für einen tollen amerikanischen Humbug. Heute ....?! Ein Vergleich mit jener Vergangenheit, die bereits in fernem, aschgrauem Dunkel liegt, obgleich ihr Alter kaum vierzehn Jahre beträgt, ist überhaupt nicht mehr möglich. Jetzt erscheint das Fliegen gerade so selbstverständlich wie das Fahren auf der Eisenbahn oder im Kraftwagen. Man lernt das Steuern eines Flugzeuges an regelrechten Unterrichtsstätten, wie man das Lesen und Schreiben oder etwa das Schlosserhandwerk erlernt.

Trotzdem ist das Leben in einer der großen Fliegerschulen, die der Krieg notwendig gemacht hat, noch immer etwas recht Eigentümliches und Beschauenswertes. Eigenartig erscheint nicht nur der Gegenstand, der im Mittelpunkt des Unterrichts steht, auch die Gestalten der Schüler finden die Auserlesenheit des Faches.

Ich entsinne mich mit freudiger Ergriffenheit eines Abends an der Front, den ich im Kreise der Offiziere einer Kampfstaffel verlebte. Man war vor wenigen Stunden von einem Geschwaderflug zurückgekehrt, der ohne eigene Verluste einen hübschen Erfolg gebracht hatte. Nun saßen die Genossen der Todesfahrt einander am sauber gedeckten Tisch gegenüber. Und jedem dieser blutjungen Leutnants und kernfrischen Hauptmänner erschien das eben erst neu gewonnene Leben als ein unverlierbares Gut. Jugendmut schäumte in hohen Wellen auf — kein Gedanke daran, daß jeder dieser Männer bereit war, im nächsten Augenblick auf Anruf des Fernsprechers im Nebenzimmer, sein Dasein sofort wieder darzubringen. Drei dieser Kühnen, nur um weniges älter als zwanzig Jahre, sind heute nicht mehr; ich habe noch ihr lustiges Geplauder im Ohr.

Aus gleichem Holz sind die Schüler in der Fliegerausbildungsanstalt geschnitzt; alle voll gespannter Kraft und einer trotzigen liebenswürdigkeit, prachtvolle Menschen, geschöpft aus Gegenden und Kreisen, die offenbar vor dem August 1914 nicht bekannt gewesen sind. Denn bis dahin galt es ja als ausgemacht, daß wir in einem Zeitalter der Verweichlichung lebten.

Nach dem Unterricht geht's auf den Startplatz.

Aus den großen Schuppen heraus kommen die ungeheuren Insekten angerollt. Nach kurzer Zeit steht ein Dutzend von ihnen flugbereit da. Die noch langsam umlaufenden Luftschrauben vollführen ein schreckliches Gebrumm. Laub und Gräser hinter den Maschinen fliegen in tollem Wirbel davon. In den plumpen, dicht verhüllten Gestalten, die tief in den Gehäusen auf den Führersitzen hocken, sind unsere forschen Hörer aus dem Schulzimmer nicht wiederzuerkennen. Viele von ihnen haben noch den Lehrer auf dem zweiten Platz hinter sich, manche aber haben sich bereits „freigeflogen", so daß sie allein fliegen dürfen.

Auf einem kleinen Türmchen, dem Zielrichterplatz der Rennbahnen ähnlich, steht der Startmeister. Er läßt eine der an jedem Flugzeug groß angeschriebenen Nummern nach der anderen aufziehen und gibt durch Senken der Fahne dem auf diese Weise aufgerufenen Flugzeug das Zeichen zum Abflug.

Der Zuschauer erkennt leicht, wer von den jungen Führern schon ordentlich flügge ist, und wer die Kunst noch nicht ganz erlernt hat. Viele kommen nach ganz kurzem Rollen gut von der Erde ab, steigen in leisem Winkel, wie es sein soll, empor und tummeln sich dann dort oben wie rechte Luftmenschen. Manche aber rennen weithin über die Erde, als wollten sie die so sicher Tragende nicht verlassen, und wenn endlich das Fahrgestell doch frei wird, dann macht das Flugzeug in der Luft einen Sprung, der so aussieht, als wolle sich das befiügelte Tier rasch wieder auf das Hinterteil setzen. Der Schwanz sinkt nach unten, und man sieht den Lehrer eine rasche Bewegung machen, mit der er den Steuerungsfehler des Schülers ausgleicht.

Er kann das in jedem Augenblick tun, denn sämtliche Hebel, mit denen die Maschine gesteuert wird, sind im Schülerflugzeug doppelt vorhanden. Vor jedem der beiden Sitze befindet sich eine vollständige Steueranlage, die Hebel gleicher Wirkung sind stark miteinander verbunden. Die ersten Flüge macht der Schüler als Gast mit, auf daß er sich an die Bewegungen der Maschine und an das fürchterliche Geräusch der Luftschraube sowie an den ihm ins Gesicht jagenden Sturmwind gewöhne. Im nächsten Lehrabschnitt legt der Schüler Hände und Füße lose auf die Steuerhebel. Noch immer führt der Lehrer, aber der Auszubildende „fühlt" jetzt mit. Jede Hebelbewegung wird ihm an seinen Gliedmaßen kund, wodurch er ihre Wirkung auf das Flugzeug kennen lernt. Langsam darf er dann einen Steuerteil nach dem andern selbständig bedienen, während nun der Lehrer mitfühlt und in jedem Augenblick ausgleichend und bessernd eingreifen kann. Tüchtige junge Leute lernen oft schon in zwei Tagen fliegen. Wenige nur, die sich zum Unterricht gemeldet haben, müssen wieder fortgeschickt werden, weil sie gänzlich unbegabt sind.

Das große Prüfungsstück ist das Durchfliegen einer 8 im Luftraum. Da heißt es, das Flugzeug bald nach rechts, bald nach links wenden, ohne daß es kippt. Hierzu gehört schon eine recht vollendete Kunstfertigkeit. Auch im Gleitflug wird besonders geprüft.

Aber mit dem Steuern allein ist es nicht getan. „Emil, gib Vorzündung und acht auf Benzin!", so steht vor dem Führersitz jedes Uebungsflugzeugs in deutlichen Buchstaben geschrieben. Emil — das ist die allgemein übliche Bezeichnung für den Führer, während der Beobachter Franz heißt. Die Inschrift soll immer wieder darauf aufmerksam machen, daß über der Handhabung der Steuerung die Bedienung, Beobachtung und Versorgung des Motors nicht außer acht gelassen werden darf. Mehr als ein Dutzend kleiner Geräte sind zu diesem Zweck rund um den Führersitz angebracht. Es ist erstaunlich, wie rasch die jungen Leute lernen, auf dieser verwickelten Klaviatur harmonisch zu spielen.

Hier und da gibt es in der Fliegerschule auch einmal einen Bruch, das heißt eine schlechte Landung, bei der das Flugzeug zerknickt wird. Aber Menschenverluste gehören infolge der vorsichtigen Ausbildungsart zu den größten Seltenheiten.

Wilhelm Foerster, der berühmte Astronom und Begründer der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur vollendet am kommenden Sonntag sein 85. Lebensjahr. Geheimrat Foerster hat als Nachfolger Encks fast 40 Jahre lang als Direktor der königlichen Sternwarte in Berlin gewirkt, von 1869 bis 1884 war er Direktor der kaiserlichen Normaleichungskommission und leitete als solcher die Neuorganisation des deutschen Maß- und Gewichtswesens. Ebenso hoch steht Foerster als Vorkämpfer einer ethischen Kultur und als Organisator: auf ihn geht die Gründung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur (1892), der Vereinigung von Freunden der Astronomie (1891) und der Berliner Gesellschaft „Urania" (1888) zurück. In seinen „Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen" (1911) ist die geistige und ethische Entwicklung Wilhelm Foersters niedergelegt. Seine anderen Hauptwerke sind die „Lebensfragen und Lebensbilder", die „Astronometrie" und die „Zeitmessung und Zeitregelung".

Kunstausstellung in Kowno. In Kowno wurde die von der „Kownoer Zeitung" veranstaltete Gemäldeausstellung in Anwesenheit von Mitgliedern des Stabes Oberost eröffnet. Neben der Schöpfungen bekannter feldgrauer Künstler, sieht man u. a. Struck, Magnus Zeller, Walther Buhe, Seyd u. a., sieht man auch eine Reihe von Werken einheimischer Maler.

Aus der Kunstwelt. Bei Paul Cassirer wird die Barlach-Ausstellung morgen abend geschlossen. Eine neue Ausstellung, die Gemälde von Ulrich Hübner und Bildwerke von Viktor Hugo Zwing bringt, wird am Sonntag eröffnet.

Die Vaterlandspartei und die Beamten.

Eine Rede des Ministers des Inneren Dr. Drews im Abgeordnetenhause.

106. Sitzung, Mittwoch, 12. Dezember.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Der nationalliberale und der fortschrittliche Antrag

Auf der Tagesordnung steht **ein Antrag Fuhrmann** (Natl.), der auch von den konservativen und freikonservativen Abgeordneten unterschrieben ist, und der die Regierung ersucht, das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung unter Zurückweisung neuerdings versuchter Einschränkungen sicherzustellen.

Mit der Beratung verbunden wird ein **fortschrittlicher Antrag**, der für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung fordert, durch die den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Ueberzeugung gewährt, jedoch untersagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Vereinigungen und Parteien aufzufordern.

Abg. **Fuhrmann** (Natl.) begründet seinen Antrag. Ich spreche nicht im Namen meiner Partei und Fraktion, sondern im Namen der Mitglieder verschiedener Fraktionen, die den vorliegenden Antrag eingebracht haben. Der Antrag gründet sich auf

eine Verfügung des Ministers des Innern

vom 1. Oktober, in der es heißt: Anläßlich einer Eingabe eines der Herren Oberpräsidenten über die Betätigung der politischen und anderer Staatsbeamten an den Bestrebungen der Vaterlandspartei, habe ich entschieden, daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen, der Beitritt zu dieser Partei wie jedem Staatsbürger freisteht, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort und Schrift für diese Bestrebungen eintreten — dabei ist zu beachten, daß der Minister es also für unerwünscht erklärt, die Bestrebungen der deutschen Vaterlandspartei zu unterstützen. Dieses „Unerwünscht"-Erklären ist einem Verbot gleich zu achten. Auch die sogenannten allgemeinen und besonderen Pflichten des Beamten sind nicht so klar umrissen und so unbestritten, daß sie sich auf eine absolut zwingende Formel bringen lassen. Trotzdem ist dieser Versuch hier schon öfter gemacht worden. Der Abgeordnete Schiffer hat in einer formulierten Erklärung der nationalliberalen Partei aus Anlaß einer Interpellation des Zentrums und der Polen wegen Ausübung des kommunalen Wahlrechts in Kattowitz festgestellt, daß die allgemeinen Staatsbürgerrechte, die den Beamten zustehen, nicht unbedingt den Vorrang vor den besonderen und allgemeinen Pflichten der Beamten beanspruchen können.

Von einer solchen Einschränkung dieser politischen Rechte könne nur dann die Rede sein, wenn unzweifelhafte Interessen des Staates in Frage stehen. Er hat die Regierung aufgefordert, nur ausdrücklich gegen solche Bestrebungen vorzugehen, die sich unmittelbar gegen die Sicherheit, den Bestand und die monarchische Verfassung des Staates richten. Dieser Fall trifft hier nicht zu. Herr v. Bethmann Hollweg hat erklärt, er könne nicht alles unterschreiben, was Abg. Schiffer gesagt habe, weil die Dinge noch zu flüssig wären. Er begrüßte es aber als durchaus unerwünscht, die Beamten in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und insbesondere in der Freiheit des Wahlrechtes irgendwie zu beschränken. Das solle nur geschehen, wenn zwingende Staatsnotwendigkeiten vorliegen. Auch Fürst Bülow hat hier erklärt, daß er niemals gegen einen Beamten wegen seiner politischen Betätigung vorgehen werde, wenn der Beamte bei Betätigung seiner politischen Anschauungen und Gesinnungen denjenigen Takt bewiesen, zu den ihn sein Amt verpflichtet. Selbstverständlich dürfe sich ein Beamter aber nicht zu einer Partei bekennen, die die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft; **ein Beamter dürfe sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen.** Diese Auffassung hat

inzwischen eine gewisse Wandlung

erfahren. (Sehr wahr! rechts.) Dr. Michaelis hat gerade mit Rücksicht auf die Betätigung der Deutschen Vaterlandspartei gesagt, für alle Beamten gelte politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte könne jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolge. Er hat hiervon ausdrücklich die unabhängigen Sozialdemokraten ausgenommen. Die Aehnlichkeit zwischen der Erklärung des Abg. Schiffer und des Reichskanzlers Dr. Michaelis fällt auf. Nur hat der Reichskanzler das monarchische Prinzip fortgelassen. Das scheint nicht mehr zu den Dingen zugehören, die der Beamte schützen muß. (Sehr gut! rechts.) Jede Partei, die nicht die Sicherheit des Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgt, darf der Beamte vertreten. Sie werden doch anerkennen müssen, daß die deutsche Vaterlandspartei den deutschen Siegeswillen heben will. (Zurufe links: So so!) — Zurufe rechts und bei einem Teil der Nationalliberalen. Sehr richtig! — Erneuter Widerspruch links.) Sie werden das doch im Ernst nicht in Abrede stellen wollen! (Erneute Zurufe links. — Abg. Hue ruft Den haben wir so! — Weitere Zurufe links: Den haben die Feldgrauen draußen! Gehen Sie doch in den Schützengraben.)

Die Kriegszielpolitik der Deutschen Vaterlandspartei

ist doch auf ein größeres Deutschland gerichtet. Da unterliegt diese Partei für jeden objektiv und logisch denkenden Menschen nicht den Einschränkungen, die Dr. Michaelis für seine Beamten hat gelten lassen wollen. Ich bedauere sehr, daß die Regierung in anderen Fraktionen gegenüber eine gewisse Willfährigkeit gezeigt hat. Der Landwirtschaftsminister hat im vergangenen Winter von dieser Stelle aus gesagt, daß Gott sei Dank noch nicht die Zeit da sei, wo der deutsche Reichstag über Besetzung und Ernennung der Minister zu verfügen hätte. (Heiterkeit!) Es ist mir fraglich, ob er heute dieses Wort noch wiederholen würde. (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Wir haben in der Zwischenzeit einen Wechsel der Auffassungen erlebt. Um so mehr bedauere ich es, daß der preußische Minister des Innern sich nicht vor seine Beamten gestellt, sondern diesen Faktoren, die ich vorhin als außerhalb der Verfassung stehend gekennzeichnet habe, geopfert hat. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Was die **politischen Beamten** betrifft, so sind die Angestellten der Ansicht, daß die Regierung durchaus das Recht hat, ihren politischen Beamten, die dem § 84 des Disziplinargesetzes unterstehen, das Recht der Betätigung in einem politischen Parteien zu untersagen oder zu beschränken. Die Regierung kann von ihren politischen Beamten verlangen, daß sie in hochpolitischen Fragen die Regierungspolitik aktiv unterstützen. Es ist sehr fraglich nur, ob der Gegenstand des Streites geeignet ist, der Regierung die Berechtigung zu einem solchen Verlangen zu geben. Um das zu beurteilen, müssen wir auf die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei eingehen. Sie wurde gegründet nach der bekannten

Wahrheitsresolutionen des Reichstags.

Ich beabsichtige durchaus nicht, auf die Vorgeschichte dieser Resolution einzugehen. (Abg. Kopsch (Fortschr. Vp.): Das ist schlimm für sie!) Ach nein, Herr Kopsch, das ist nicht schlimm für mich, ich tue es nicht aus vaterländischen Gründen. Wenn Sie dafür kein Verständnis haben, dann bedauere ich Sie. (Lebh. Zustimmung rechts und bei den Natl. Widerspruch und Unruhe links.) Bei den Fernstehenden erweckte diese Resolution das Gefühl tiefster Niedergeschlagenheit. Im Lande mußte der Eindruck entstehen, daß in den Reichstag Kommissionsverhandlungen Dinge zur Sprache gekommen waren, die geeignet waren, die Siegeszuversicht zu erschüttern. Infolgedessen ist sie in Deutschland erschüttert worden und im feindlichen Ausland entstand der Eindruck deutscher Schwäche. Jetzt haben die deutschen Siege ausgelöscht und die Stimmung im Innern wurde gerade durch die deutsche Vaterlandspartei wieder gehoben. (Widerspruch und Unruhe links.) Herr Abg. Kopsch und die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, die hier erregte Zurufe machen, nötigen mich, auf eine Broschüre einzugehen: „Volkspartei und Vaterlandspartei". Ich hätte diesen parteipolitischen Streit gern vermieden. (Abgeordneter Kopsch: Der ganze Zweck der Uebung!) In dieser Broschüre heißt es: „Die Reichsregierung und oberste Heeresleitung haben die Entschließung des Reichstags gebilligt." Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Deutsche Vaterlandspartei gegen Regierung und Heeresleitung vorgehe. (Sehr richtig! links.) Ich bedauere es tief, daß die Herren die oberste Heeresleitung in die Debatte ziehen. (Widersprech links.)

Die Herren, die für die Entschließung vom 19. Juli verantwortlich sind, haben sich vor ihren Wählern durch Berufung auf die oberste Heeresleitung zu verantworten gesucht. Andere Leute, die sich über die oberste Heeresleitung äußern könnten, unterlassen es taktvoll. Wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, die oberste Heeresleitung als Schild vor sich zu halten, dann können diese Herren auch anders. Bei den letzten Ausschußverhandlungen des Reichstags ist von radikaler Seite angestrebt worden, der obersten Heeresleitung das Recht des Mitsprechens bei den letzten Kriegszielen zu unterbinden. (Hört, hört! rechts.) Im deutschen Volk wird Einmütigkeit darüber herrschen, daß nur derjenige als wahrhaft deutscher Frieden anerkannt wird, der unter

Mitwirkung und Mitbestimmung unserer obersten Heeresführer

geschlossen wird. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Deutsche Vaterlandspartei hat keine Politik gegen den Reichskanzler Dr. Michaelis getrieben und treibt keine Politik gegen den Grafen Hertling. Die Politik des Reichskanzlers Dr. Michaelis war zum Scheitern verurteilt, weil sie keine Klarheit brachte. Wir haben uns gefreut, daß der gegenwärtige Reichskanzler den Feinden keinen Freibrief bieten will, den Krieg endlos zu verlängern. Das Zentrum hat durch den Abg. Fehrenbach am 9. Oktober erklären lassen, daß die Friedensentschließung vom 19. Juli nur für einen Frieden im Jahre 1917 Geltung hätte und daß wir freie Hand hätten, wenn er nicht erreicht würde. Man spricht jetzt von der Regierung Hertling-Payer-Friedberg. Der stellvertretende Ministerpräsident hat als Vorsitzender des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei eine Entschließung herbeigeführt, wonach der Zentralvorstand in der Friedensentschließung des Reichstags eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunftsentwicklung sieht, und wonach Deutschlands zukünftige Sicherheit auf Macht und Stärke gegründet sein muß, da ohne Machterweiterung in Ost und West und ohne ausreichende Kriegsentschädigung seine Sicherheit gegen die künftige Bedrohung unseres Daseins vorhanden sei. Da kann man wohl kaum von einer Operationsstellung der Deutschen Vaterlandspartei gegenüber der jetzigen Regierung sprechen. Auch von fortschrittlicher Seite ist erklärt worden, daß der Standpunkt der

Friedensentschließung zeitlich begrenzt

sei. Ich erinnere an Reden des Abg. Müller-Meiningen und an Aeußerungen der „Liberalen Korrespondenz", daß auch Bismarck keine Kriege mit Verständigungsfrieden abgeschlossen habe. Wenn die Herren einen Verständigungsfrieden abzuschließen gedenken, wie Bismarck seine Kriege abgeschlossen hat, dann besteht bei uns völlige Einigkeit. (Zustimmung rechts, Unruhe und Widerspruch links.) Bismarck hat 1866 mehr annektiert als wir jemals zu annektieren hoffen können. Ein eminentes staatserhaltendes Interesse müßte gebieten, den Beamten die Teilnahme an solchen Bestrebungen, die einen Scheidemann-Frieden propagieren, zu untersagen. (Abg. Ad. Hoffmann: Gehen Sie in den Schützengraben!) Das ist ein sehr naiver Zuruf. Die Fortschrittliche Volkspartei behauptet, die Deutsche Vaterlandspartei sei gegründet worden, um

die Demokratisierung Deutschlands aufzuhalten.

Das ist objektiv und subjektiv unwahr. Der Führer der Vaterlandspartei, Großadmiral v. Tirpitz, hat in sämtlichen Versammlungen erklärt, daß, nachdem die innerpolitischen Fragen in Fluß gekommen sind, auch die Wahlrechtsfrage, diese Dinge ihren Lauf zu nehmen haben. Es ist sehr illoyal, jemandem etwas unterzuschieben, was er als unrichtig ablehnt. Großadmiral v. Tirpitz ist erhaben über solche Vorwürfe.

Die Tätigkeit der Deutschen Vaterlandspartei ist nicht derartig, daß sie in der gegenwärtigen Lage dem Minister des Innern Anlaß boten, seinen Beamten die Mitwirkung an dieser Organisation zu untersagen. Ich richte deshalb die Bitte an den Minister des Innern, daß er

seinen Erlaß einer Revision unterzieht.

Er hat in seinem Kollegen vom Kultus ein Vorbild. Der Oberpräsident von Magdeburg hatte den Beamten des Provinzialschulkollegiums den Erlaß zur Beachtung empfohlen, weil jede Partei im Lande auf die freiwillige aktive Mitwirkung der Beamten stark angewiesen ist. Auch die fortschrittliche Flugschrift enthält den Satz: Jeder Staatsbürger und jeder Beamte tut im eigenen Interesse gut daran, dafür zu sorgen, daß die vom Reichskanzler ausgesprochenen Grundsätze in der Praxis auch durchgeführt werden. (Hört, hört! rechts.)

Minister des Innern **Dr. Drews:**

In dem angefochtenen Erlaß ist selbst darauf hingewiesen worden, daß er eine Entscheidung wiederholt, die ich in der Zeit vorher auf eine an mich gerichtete Anfrage hatte ergehen lassen. Etwa am 10. September war mir aus der Provinz die Anfrage vorgelegt worden, wie sich die Beamten der inneren Verwaltung, insbesondere die politischen Beamten, gegenüber der Vaterlandspartei zu verhalten hätten. Ich habe damals sofort telegraphisch die Entscheidung erlassen, die ich nachher den übrigen Provinzialbehörden mitgeteilt habe. Ich möchte diese Daten um deswillen anführen, weil in den Tagen, als ich auf die erste Anfrage einen telegraphischen Bescheid ergehen ließ, der Streit über die Vaterlandspartei ja bei weitem noch nicht in dem Maße entbrannt war und emporloderte, wie später, als die großen Auseinandersetzungen über die Art und Weise ihrer Agitation entstanden, kurz bevor der Reichstag zusammentrat. Ich erwähne das ausdrücklich um deswillen, weil aus den Ausführungen des Abg. Fuhrmann der Vorwurf herausklang, daß ich — ich weiß nicht: ob gegen Pflicht und Ueberzeugung? — aber das sich jedenfalls aus Rücksichtnahme vor dem, was im Reichstag passiert wäre, den Erlaß herausgegeben hätte. Das hat bei mir keine Rolle gespielt, der Reichstag hatte damals überhaupt noch kein Wort gesprochen. Die Entscheidungen habe ich damals meiner pflichtmäßigen Ueberzeugung nach gefällt, für die ich auch hier selbstverständlich eintrete. (Sehr richtig, links). Wäre ich eine ängstliche Natur, dann hätte ich wahrscheinlich gar keinen Bescheid gegeben. Bequemer wäre das für mich auf alle Fälle gewesen.

Rücksichten auf Bequemlichkeit und Furcht vor Konsequenzen spielen bei meinen Entscheidungen und Amtshandlungen keine Rolle.

(Zustimmung.) Ich habe in dem Erlaß vom 12. September, den ich in dem Rundschreiben vom 1. Oktober in der kurzen Form, in der er ergangen war, den übrigen Provinzialbehörden mitgeteilt habe, lediglich das zum Ausdruck gebracht, was bezüglich der Haltung der Beamten meines Ressorts gegenüber allen politischen Parteien zu gelten hat. Man kann darüber streiten, ob das, was ich als Norm für das Verhalten der Beamten des inneren Ressorts gegenüber allen politischen Parteien niedergelegt habe, zweckentsprechend und richtig ist. Darüber haben wir hier zu diskutieren. Aber das möchte ich feststellen: in dem angefochtenen Erlaß ist **keinerlei Ausnahmebestimmung für die Vaterlandspartei** enthalten. **Ich habe es mir zur obersten Grundlage meines Handelns gemacht, in allen derartigen Fragen, wo eine Stellungnahme des mir unterstellten Behördenapparates zu den politischen Parteien in Betracht kommt, politischen Parteien gleich zu behandeln.** (Lebhafte Zustimmung links.) Was der einen Partei recht ist, muß auch der anderen recht sein. In der Bevölkerung darf nicht der Glaube entstehen, daß die Bewaltungsbehörde eine Partei um ihrer Partei willen besser behandeln als eine andere. Ich habe dann aus der Presse sehr bald ersehen, daß dieser Erlaß, der bei Gelegenheit eines einzelnen Falles mit einer gewissen Kürze erlassen wurde, wenn man ihn allein betrachtet und aus ihm allgemeine Schlußfolgerungen zieht, zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Er ist dahin verstanden worden, daß hier eine Ausnahmebestimmung zugunsten der Vaterlandspartei getroffen worden sei. Ich will allen Parteien gegenüber vollkommen objektiv auftreten und will deshalb nicht auf ein Urteil über die Vaterlandspartei einlassen. Die Regierung steht heute noch zu dem Wort unseres Königs: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Die Regierung glaubt, daß alle Parteien, die für des Staates und Reiches Leben und Freiheit eintreten, von guten und ehrlichen Wollen beseelt sind, jede auf ihre Weise mit den Mitteln, die sie für recht hält, das Ziel zu verwirklichen. (Beifall links.) Auf diesem Standpunkt steht sie und wird auch auf diesem Standpunkt stehen bleiben. (Erneuter Beifall.) Es sei denn, daß eine Partei den Beweis führt, oder daß der Beweis erbracht wird, daß sie Verrat am Vaterlande treibt.

Als ich sah, daß mein Erlaß mißverstanden worden sei, hatte ich zunächst vor, eine schriftliche Erläuterung dieses Erlasses herauszugeben, habe es aber nicht getan, weil in den ersten Oktobertagen eine Sitzung der Oberpräsidenten bei mir stattfand, wo wir über andere Dinge sprachen, und weil ich hier in mündlicher Aussprache die beste Gelegenheit finden konnte, ein derartiges Mißverständnis zu beseitigen und meine Stellungnahme noch einmal klar zu präzisieren. Bei dieser Gelegenheit habe ich die allgemeinen Grundsätze bezüglich der Stellung der Beamten der inneren Verwaltung zu den politischen Parteien klipp und klar dargelegt. Die Beamten der inneren Verwaltung sind inzwischen durch ihre Vorgesetzten ebenso klipp und klar darüber orientiert worden. Die Grundlagen, die ich bei der Stellungnahme der Beamten meines Ressorts zu den politischen Parteien beobachten will, sind kurz folgende:

Grundsätzlich herrscht politische Meinungsfreiheit.

Die Beamten können den einzelnen politischen Parteien ungestört beitreten und ihnen angehören. Keinem Beamten soll, wenn er diesem oder jener Partei beitreten oder ihr fernbleiben will, irgendein Vorwurf oder ein Nachteil erwachsen. Was die Betätigung für die politischen Parteien anlangt, die Teilnahme an der Agitation für die politischen Parteien, oder, wie ich versucht habe, es deutsch auszudrücken, ein Eintreten in Wort und Schrift für die Ziele einer Partei, so möchte ich vorweg bemerken, wie ja auch schon Herr Fuhrmann angedeutet hat, daß es anerkanntes Rechtes ist, das auch durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes bestätigt worden ist, daß der Beamte in dieser Hinsicht nicht so dasteht, wie jeder andere Staatsbürger, sondern daß er **gewissen**, sich aus der Natur seines Beamtenverhältnisses ergebenden **Einschränkungen** unterworfen ist. Als solche Einschränkung ergibt sich ganz allgemein zum Beispiel die, daß er **es unbedingt unterlassen muß, auf die nachgeordneten Beamten einen Druck auszuüben**, einer gewissen Partei beizutreten, daß er auch sonst anderen dritten Personen gegenüber es unbedingt unterlassen muß, vermöge der Befugnisse, die ihm sein Amt gibt, diesen Dritten gegenüber Entscheidungen zu treffen, auf diese dritten Personen irgendeine Einwirkung auszuüben. Ferner ergibt sich auch die natürliche Tatsache, daß er nicht während der Amtsstunden mit den amtlichen Materialien Agitation für die politische Partei, der er angehört, treiben darf. Alle diese Beschränkungen gelten, wie ich ohne Rücksprache mit meinen Kollegen aus den anderen Ministerien glaube feststellen zu können, zweifellos für die sämtlichen Beamten der Regierung. Für die Beamten der inneren Verwaltung kommt nun noch ein besonderer Gesichtspunkt in Betracht. Zum Ressort der inneren Verwaltung gehören politische Angelegenheiten in weitestem Umfange.

Nachdem Minister des Innern ergriff der fortschrittliche Abgeordnete **Kanzor** das Wort zur Begründung des fortschrittlichen Antrages.

Ein ganzer Wagen mit Brotkarten gestohlen.

Eine kaum glaubliche Diebstahlsgeschichte hat sich kürzlich ereignet. Die Stadt Berlin läßt die fertig gedruckten Brotkarten der Sicherheit halber durch Wagen, die von Soldaten begleitet werden, von der Buchdruckerei abholen und sie nach dem Bestimmungsort bringen. Ein Soldat führt als Kutscher den Wagen und mehrere Soldaten zu Fuß begleiten ihn. Als einer jener vollbepackten Wagen kürzlich eine Straßenecke passierte, trat plötzlich ein Unteroffizier an den Wagen heran und befahl der Mannschaft, den Wagen nach der X.-Straße zu fahren. Der Unteroffizier begleitete den Wagen und ließ ihn auf dem Hofe des angegebenen Grundstücks entladen. Dann befahl er den Soldaten nach Hause zu fahren. Als die Mannschaften den Hof verlassen hatten, kamen die Freunde des angeblichen Unteroffiziers — in der Tat war er gar nicht Soldat, sondern ein vielgesuchter Verbrecher — und gingen nach den Verkauf der erbeuteten Brotkarten. Es gelang der Behörde, noch einen Teil der Karten zu beschlagnahmen und festzustellen, daß der „Unteroffizier", dessen Tat große Aehnlichkeit mit der des „Hauptmanns von Köpenick" hat, geisteskrank sei.

Der Reichsverband der deutschen Obst- und Gemüsezüchter teilt uns mit. Bekanntlich hat die Ortsgruppe Berlin unseres Reichsverbandes beschlossen, demnächst die Geschäfte zu schließen, wenn nicht eine Reihe von Wünschen erfüllt wird. Gegenwärtig schweben hierüber Verhandlungen mit dem Magistrat Berlin. Für den Fall, daß diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten, ist die Vermittlung des Leiters der Reichsstelle für Obst und Gemüse erbeten worden. Es steht sonach Aussicht, daß es zu einer Einstellung des Kleinhandels mit Gemüse, Obst und Kartoffeln in Berlin nicht kommen wird.

Hochwasser in Ostpreußen. Das durch die anhaltenden starken Stürme und Regengüsse verursachte Hochwasser im Memeldelta hat, wie uns aus Königsberg telegraphiert wird, bereits viele Ställe unter Wasser gesetzt, so daß das Vieh in vielen Fällen sogar in die Wohnräume gebracht werden mußte. Auch viele etwas tiefer gelegene Wohnungen stehen unter Wasser. Der Fuhrwerkverkehr auf den Landstraßen und Landwegen ist unmöglich. Die Bevölkerung ist trotzdem bemüht, die eingemieteten Kartoffeln, die die Flut erreichte, zu retten.

Raubmord in Worms. Zwischen Worms und Worms-Pfifflingheim wurde der 27 Jahre alte Schreiner Georg Arnheiter aus Worms-Pfifflingheim auf freiem Gelände erschossen aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Dem Toten wurde die Brieftasche mit etwa einhundertfünfzig Mark geraubt. Der Täter ist unbekannt. — **In Posen**-Wilda hat einem Privat-Telegramm zufolge ein Soldat zweiter Klasse den Stadtrat Richard Volkmann aus Hohensalza, der als Hauptmann der Landwehr im Militärdienst steht, ermordet.

Aus Nah und Fern. In Warschau hat sich der bekannte Rechtsanwalt Simon Scheffter erhängt. Die Ursache des Selbstmordes ist nicht bekannt. — Der dreißigjährige Regierungsassessor Dr. Ehlert, der bei der Regierung Marienwerder angestellt war, hat aus noch unbekannten Gründen Selbstmord durch Erschießen verübt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Weiterverbreitete, östlich der Oder zum Teil starke, in den meisten anderen Gegenden geringe Schnee- und Regenfälle.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe und nebelig mit geringen Niederschlägen.

* Der Kriegswucher nach dem Kriege.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes hat kürzlich im Hauptausschuss eine Erklärung abgegeben, nach der ein Kriegswuchergesetz vorbereitet wird. Soweit wir unterrichtet sind, besteht der Plan, die bisherigen Bundesratsverordnungen zu kodifizieren, und zwar in einem Gesetz, so dass also nicht nur der Bundesrat, sondern auch der Reichstag zur Entscheidung und Beschlussfassung berufen ist. Ueber Einzelheiten verlautet zurzeit nur wenig, zumal da sich die ganze Angelegenheit mehr oder weniger im Vorbereitungsstadium befindet. Zu begrüssen ist allerdings schon jetzt, dass Vertreter von Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu den betreffenden Beratungen gutachtlich hingezogen sind; dadurch wird hoffentlich erreicht, dass die zahlreichen Mängel, die unsere Kriegswucherverordnungen enthalten, und die derart schwerwiegende Folgen nach sich zogen, dass der ehrliche Kaufmann ausgeschaltet, den unlauteren Elementen dagegen freie Hand gelassen wurde, beseitigt werden. Hoffentlich gelingt es ferner auch, gewisse Dinge, so zum Beispiel die Frage, was überhaupt unter „Wucher" zu begreifen, was unter „angemessenem Gewinn" usw. zu verstehen ist, so zu regeln, dass nicht mehr die ungeheuerlichen Gerichtsentscheidungen, wie wir sie jetzt erlebt haben, zutage treten können. Etwas ganz Neues wird der Entwurf vermutlich insofern bringen, als die Zeit, während der die Wucherbestimmungen Gültigkeit haben sollen, festgesetzt wird. Bislang wurde gemeinhin nur gesagt, dass die Aufhebung der Verordnungen der Entscheidung des Reichskanzlers bzw. auch der des Bundesrats selbst zustehe. Nunmehr tragen sich, wie verlautet, einzelne massgebende Stellen mit dem Gedanken, die Kriegswuchergesetzgebung wenigstens in ihren Hauptzügen auf fünf Jahre nach Friedensschluss in Kraft zu lassen. So gewiss nun nicht zu verkennen ist, dass wir auch nach dem Kriege noch in einer „Kriegswirtschaft" leben werden, und so gewiss wir genötigt sein werden, unsere Gesetzgebung diesem Zustande anzupassen, so zweifelhaft muss es erscheinen, ob eine Ausdehnung auf fünf Jahre erforderlich ist. Diese Auffassung wird u. a. auch von der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern geteilt, die in der angegebenen Richtung bei den zuständigen Behörden vorstellig wurde. Ferner glaubt die Vereinigung, in einer anderen Beziehung scharfe Kritik üben zu müssen. Es verlautet nämlich, dass der Entwurf vorsieht, die Vergütung von Leistungen ebenso wie die für Waren unter das Kriegswucherrecht zu stellen. Hiergegen wendet sich die Vereinigung und führt aus, da beabsichtigt sei, die Leistungen der Arbeiter frei zu lassen, stelle sich die Bestimmung als eine gegen einzelne Teile des Gewerbestandes gerichtete Ausnahme dar. Unseres Erachtens trifft dies Bedenken nicht zu. Wenn ein Arbeiter versucht, seine Arbeitskraft also ein höchstpersönliches Gut tunlichst vorteilhaft zu verwerten, so ist das schliesslich doch noch etwas anderes, als wenn z. B. ein Spediteur bei einem Möbeltransport die Notlage eines Mieters ausnutzt und sich für einen Umzug Beträge bewilligen lässt, die jedes normale Mass überschreiten. Sehr zu wünschen wäre es, wenn sich die Regierung entschliessen würde, den ganzen Entwurf eines Wuchergesetzes nicht zu spät der breiteren Oeffentlichkeit vorzulegen, damit noch die Möglichkeit der rechtzeitigen Behandlung durch alle in Betracht kommenden Kreise gegeben ist.

* Schiffshypotheken.

Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in diesen Tagen mit dem Antrage des Abgeordneten Fürbringer und Genossen betreffend Errichtung eines Bankinstitutes für Gewährung von Schiffsdarlehen. Der Berichterstatter Regierungsrat a. D. Dr. Hager verneinte das Bedürfnis nach einem Kreditinstitut hinsichtlich der Linienschiffahrt, der bekanntlich durch Reichsgesetz eine Beihilfe von 1½ Milliarden Mark zum Zwecke der Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte gewährt werde. Soweit bisher ein Bedürfnis nach Hingabe von Geld zur Beleihung von Tramp- und Binnenschiffen hervorgetreten sei, wäre dies vornehmlich von holländischen Schiffsbeleihungsbanken befriedigt worden. Es wäre zweifelhaft, ob deutsches Kapital erheblich günstigere Bedingungen als die holländischen Institute stellen könnte. Die Beleihungen erstreckten sich meistens auf 60 bis 65 pCt. des Schiffswertes. Der Zinsfuss schwanke zwischen 5 und 6 pCt. Es komme eine Abschlagsprovision bis 3 pCt., zuweilen auch eine Jahresprovision in Frage. Die Schiffshypothek weiche in rechtlicher Beziehung erheblich von der Grundstückshypothek ab und biete auch keineswegs die Sicherheit der letzteren. Allerdings muss die ganze Frage auch vom Standpunkte der deutschen Schiffswerften aus untersucht werden. Die holländischen Schiffsbeleihungsbanken haben nämlich durch ihre Darlehnshingabe zwecks Neubau von Schiffen auch die niederländischen Schiffswerften gefördert, zumal da die letzteren infolge billigerer Baumaterialien, niedrigerer Löhne usw. weit geringere Produktionskosten nehmen konnten als die deutschen Werften. Eine Mitwirkung der Seehandlung bei der Gründung eines Schiffshypothekeninstituts oder die Bewilligung von Staatsmitteln sieht der Berichterstatter als nicht unbedenklich an. Die Seehandlung ist nicht dazu da, langfristige Kredite zu geben; die Mitwirkung des Staates würde unsere Finanzkraft gegebenenfalls vor unübersehbare Aufgaben stellen. Eines oder mehrere private Kreditinstitute müssten das Recht erhalten, Inhaberpapiere auszugeben, die eine bessere Verzinsung zu tragen hätten als die Pfandbriefe der Landschaften und Hypothekenbanken.

Der Antragsteller, Abgeordneter Fürbringer erklärte, die Deutsche Versicherungsbank sei bereit, die Aufgaben des deutschen Schiffsbeleihungsinstituts zu übernehmen. Da sie den ganzen Schiffsnachrichtendienst habe und ihn auch nach dem Kriege fortzusetzen beabsichtige, so sei sie besonders geeignet dafür. Ein Vertreter des Handelsministeriums bemerkte, die Staatsregierung stehe den Wünschen, ein geeignetes Kreditinstitut zur Förderung des deutschen Schiffsbaus zu schaffen, freundlich gegenüber. In Betracht komme nur die Förderung der Trampschiffahrt und der kleinen Küstenschiffahrt. Unsere deutschen Seeschiffswerften würden in den nächsten Jahren für die Linienschiffahrt so in Anspruch genommen sein, dass sie für weitere Aufgaben kaum in Betracht kommen könnten. In der Binnenschiffahrt seien die Schiffsverluste während des Krieges verhältnismässig gering gewesen. Andererseits sei zu beachten, dass der Uebergang des Güterverkehrs von der Eisenbahn auf den Wasserweg einen grösseren Bedarf an Binnenschiffen entstehen lassen werde. In derselben Richtung würde die Durchführung auch nur eines Teils der gegenwärtig verfolgten Kanalbaupläne wirken. Ein Wettbewerb gegen die holländischen Schiffsbanken in dem Umfange, dass man sie aus dem Sattel heben wolle, könne nicht in Frage kommen. Nach den angestellten Ermittelungen seien in Preussen für 31 Mill. M. Hauptbypotheken und für 5,8 Mill. M. Sicherungshypotheken von holländischen Beleihungsbanken auf deutsche Binnenschiffe gewährt worden. Ein Vertreter des Finanzministeriums betrachtete ebenfalls die Gründung von Schiffsbeleihungsbanken durch Hergabe von Staatsmitteln nicht als Aufgabe des Staates.

Die Kommission nahm schliesslich einstimmig den Antrag an, die Staatsregierung solle in Erwägung ziehen, wie das für die deutsche See- und Binnenschiffahrt bestehende Bedürfnis nach Schiffsdarlehen befriedigt werden könne. — Nach dem Verlauf der Verhandlungen ist damit zu rechnen, dass über kurz oder lang besondere Schiffshypothekenkreditinstitute ins Leben treten werden, und dies auch ausserhalb Preussens, denn dem Landtage des Grossherzogtums Oldenburg ist ein gleicher Antrag zugegangen; in Hamburg soll die Gründung einer Schiffshypothekenbank mit einem Kapital von 10 Mill. M. nahe bevorstehen. — Wir glauben, dass es zunächst genügen wird, die Schiffsbeleihung in einem engen Rahmen aufzunehmen, denn einerseits wird uns in den nächsten Jahren der Zufluss von Geld aus dem Auslande ganz willkommen sein, während der Absatz von Schiffshypothekenpfandbriefen angesichts der ganzen Verhältnisse am Geld- und Kapitalmarkt nicht leicht sein dürfte.

*** Die Wiederherstellung des amtlichen Börsenverkehrs** hat namentlich auf dem Gebiete der Feststellung von Einheitskursen zu Misshelligkeiten geführt, deren Abänderung erwünscht und nach unserer Auffassung auch unschwer möglich ist. Diese Missstände wurzeln aber keineswegs in der Einrichtung der Einheitskurse an sich, mit der ja nur die vor dem Kriege übliche und bewährte Form des Kassageschäfts wiederhergestellt worden ist, sondern, wie wir schon wiederholt andeuteten, in der Zusammendrängung der Notierungen in einem zu kurzen Zeitraum. Für die Notierungen steht nämlich gegenwärtig nur eine halbe Stunde zur Verfügung, und diese reicht angesichts des Personalmangels bei den Börsenfirmen sowohl wie bei den Maklern nicht dazu aus, um den wünschenswerten Ausgleich aller berechtigten Interessen bei der Kursfeststellung zu ermöglichen. Die Kursfeststellung vollzieht sich sozusagen vielfach ohne die ausreichende Oeffentlichkeit auf Grund gerade vorliegender Zufallsorders. Dadurch wird der Gesamtheit der Interessenten oft ein zu geringer, den amtlichen Maklern aber ein zu grosser Einfluss auf die Kursbildung eingeräumt. Es wäre durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn für die Arbeit der Kursfeststellungen ein ebenso langer Zeitraum zur Verfügung stände wie im Frieden. Im Gegenteil wäre dies gerade zur Verringerung der spekulativen Zufälligkeiten und Einseitigkeiten durchaus erwünscht. Im besonderen ist es durchaus zu befürworten, dass den Bankhäusern die Möglichkeit gegeben würde, bei der Kursfeststellung zum Ausgleiche eines einseitigen Angebotes oder einer einseitigen Nachfrage glättend mitzuwirken. Auch dagegen, dass die Gesamtheit der Börse auf derartige Einseitigkeiten durch Anschreiben von ++- oder ---Zeichen an den Maklertafeln vor Feststellung der Kurse aufmerksam gemacht würde, ist ganz und gar nichts einzuwenden. Alle diese Massnahmen würden kaum zur Ausdehnung der Spekulation, wohl aber zur Milderung ihrer Auswüchse und zu grösserer Gleichmässigkeit beitragen. Zu berücksichtigen ist auch, dass zu einem freien Handel neben den offiziellen Kursnotierungen um so weniger Veranlassung vorliegen wird, je mehr das Verfahren bei der Feststellung der Einheitskurse den berechtigten Bedürfnissen des Verkehrs angepasst wird.

× Ueberstunden kaufmännischer Angestellter. Die Handelskammer zu Berlin hat folgendes gerichtliches Gutachten erstattet: „Es ist unter den jetzigen Verhältnissen üblich, dass in den Fabrikbetrieben Gross-Berlins die kaufmännischen Angestellten Ueberstunden leisten müssen, wenn es von der Firma verlangt wird. Werden allerdings über einen längeren Zeitraum hinaus Arbeiten von den Angestellten gefordert, die in den gewöhnlichen Dienststunden nicht erledigt werden können, so pflegt eine Vergütung der Mehrarbeit in geeigneter Form stattzufinden."

*** Gersten- und Malzkontingente.** Die Handelskammer zu Berlin hat sich in einer Eingabe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes die in Kreisen der Brauereien hervorgetretene Forderung zu eigen gemacht, dass die Malzkontingente wie bisher auf 25 pCt. festgesetzt werden mögen, auch nachdem die Gerstenkontingente auf 10 pCt. festgesetzt worden sind. Eine ganze Reihe von Gründen spreche für die Aufrechterhaltung eines Spielraums zwischen den Gersten- und Malzkontingenten. Zunächst komme die Möglichkeit der Verbrauung ausländischen Malzes, wenn auch nicht gerade sehr aussichtsreich in Betracht. Ferner sei das in den Verordnungen angenommene Umrechnungsverhältnis von Gerste und Malz in Höhe von 100 zu 75 in der Praxis nicht unbedingt massgebend. Es sei unter Umständen möglich, dass einer Malzausbeute von 75 pCt. eine solche von 77 und darüber gegenüberstehe. Den Brauereien müsse die Möglichkeit gegeben werden, auch dieses Ueberschussmalz zu verwerten. Schliesslich wird in der Eingabe gefordert, dass wenigstens die aus dem vergangenen Jahr von sparsam wirtschaftenden Brauereien herübergenommenen Malzmengen verbraut werden können. Dieser letzten Forderung ist in der neuen Bundesratsverordnung für das Jahr 1916/17, die der Handelskammer anscheinend noch nicht vorgelegen hat, auch insofern Rechnung getragen worden, als ersparte Malzmengen aus dem vorigen Kontingentsjahr bezw. dem letzten Quartal dieses Kontingentsjahres in dem ganzen folgenden Jahre noch verbraut werden dürfen; während dies bisher nur in dem ersten Quartal des neuen Kontingentsjahres geschehen durfte.

*** Deutsche Kaliwerke.** Gestern fand eine Aufsichtsratssitzung bei den Deutschen Kaliwerken statt, in der insbesondere die von uns verschiedentlich erwähnten Erweiterungspläne bei diesem Unternehmen erörtert wurden. Wie wir hören, beschränken sich die Pläne zunächst darauf, dass die Beziehungen der Gesellschaft zu verschiedenen der ihr schon bisher nahestehenden Unternehmungen einer Neuregelung unterzogen und enger als bisher gestaltet werden. Immerhin hat es den Anschein, als ob auch bei dieser Gelegenheit eine Kapitalerhöhung sich als notwendig erweisen wird. Die Möglichkeit einer weitergehenden, gänzlich neue Werke umfassenden Expansion ist vielleicht, auch wenn sich die bisherigen Erörterungen zunächst nur auf die oben erwähnten Transaktionen beschränken, nicht ganz von der Hand zu weisen. Doch sind diese weitergehenden Projekte zunächst noch nicht spruchreif.

*** Die Maschinenbauanstalt Kirchner & Co. Akt.-Ges.** in Leipzig weist für 1916/17 einen Betriebsgewinn von 2 742 307 M. (1915/16: 2 435 593) aus. Die Verwaltung bemerkt im Geschäftsbericht, dass die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre ihren Versand an Maschinen und Waren wesentlich gegenüber dem Vorjahre erhöhte. Hierdurch konnte sie rationeller und infolgedessen auch gewinnbringender arbeiten. Die Lieferungen bestanden in der Hauptsache in den Spezialitäten der Gesellschaft, Sägemaschinen und Holzbearbeitungsmaschinen, für die deutschen und verbündeten Heeresverwaltungen, aber auch für das neutrale Ausland. In beschränktem Masse lieferte die Gesellschaft aber auch ausgesprochene Kriegsbedarfsartikel. Die Fabrikations- und Geschäftsunkosten ermässigten sich von 1 725 269 M. auf 1 378 384 M. Nach Abschreibungen von 122 098 M. (118 668) verbleibt ein Ueberschuss von 1 379 981 M. (706 121), aus dem die Dividende von 6 pCt. auf die Vorzugsaktien wieder 120 000 M. und die Dividende von 20 pCt. auf die Stammaktien 600 0000 M. (6 pCt. gleich 180 000 M.) in Anspruch nimmt. Für den Uebergang zur Friedenswirtschaft wird ein Betrag von240 000 M. zurückgestellt (i. V. 100 000 M. weitere Rückstellung für Verluste während des Krieges). Die Rückstellung für die Friedenswirtschaft wird damit begründet, dass die Verwaltung in die Lage versetzt werde, die durch lange Kriegsdauer und Einstellungen von Lieferungen eingetretene Vernichtung ihrer mit grossen Kosten entwickelten eigenen Fabrikniederlagen und Verkaufsbureaus in ausländischen und überseeischen Absatzgebieten bei Uebergang zur Friedenswirtschaft bald wieder aufzubauen. In der Bilanz erscheinen u. a. Effekten einschliesslich Kriegsanleihe mit 0,9 Mill. M. (1), Vorräte mit 2,6 Mill. M. (2,3), Debitoren mit 3,3 Mill. M. (3,2) und Bankguthaben mit 1,6 Mill. M. (1,1). Kreditoren haben 0,8 Mill. M. (0,6) zu fordern. Die Anzahlungen auf Maschinenbestellungen betragen 0,5 Mill. M. (0,2). Ueber die Aussichten wird bemerkt, dass sich die Aufträge für das neue Geschäftsjahr weiter erhöht haben und dass die Verwaltung wiederum ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen hoffe.

Gebr. Heyl u. Co. Akt.-Ges. in Charlottenburg. In der Generalversammlung, in der durch fünf Aktionäre 2 402 000 M. Aktienkapital vertreten waren, wurde die Dividende auf 8 pCt. festgesetzt. Für den aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Direktor Fr. Rinteln wurde Direktor Mailänder von der Nationalbank für Deutschland neu gewählt. Bezüglich der Aussichten erklärte der Vorsitzende, es sei zu hoffen, dass der Frieden dem Unternehmen wieder bessere Zeiten bringe.

Alpine Montangesellschaft. In der Verwaltungsratssitzung der Oesterreichischen Alpinen Montangesellschaft wurde mitgeteilt, dass das Erträgnis der ersten drei Quartale des laufenden Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der pro rata entfallenden höheren Steuerlast im Vergleiche mit dem Vorjahre einen Ausfall von rund 13 Mill. Kr. aufweist. Dieser Rückgang hat seinen Grund nach wie vor in den besonders schwierigen Verhältnissen, unter denen die in den Alpenländern gelegenen Betriebe der Gesellschaft, namentlich seit der am 4. November wirksam gewordenen behördlichen Kohlensperre, zu arbeiten haben. Die Dividende wird auf 20 bis 30 Kr. gegen 50 Kr. i. V. geschätzt.

Dividenden und Abschlüsse.

Preussische Hypotheken-Aktienbank. Schätzung der Verwaltung: falls nicht unvorherzusehende Ereignisse eintreten, wie für das Vorjahr 6 pCt.

Anhalt-Dessauische Landesbank in Dessau. Schätzung der Verwaltung: wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, eine etwas höhere Dividende als im Vorjahr (1916: 6 pCt.).

Charlottenburger Wasserwerke: Vorschlag 9 pCt. (i. V.: 8).

* An der Börse

war auf dem Markt der variablen Papiere die Stimmung heute freundlicher als an den Vortagen. Auf verschiedenen Marktgebieten waren schon anfänglich Kursbesserungen zu verzeichnen, besonders wenn man dem Vergleich die nach schwachem Verlauf noch weiter geworfenen Schlusskurse des gestrigen Tages zugrunde legt. Dies gilt besonders von Schiffahrtsaktien, die zumeist anziehen konnten. Bevorzugt waren die Aktien der Hansa Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Auch die Aktien von Montanwerken waren zum Teil erholt, besonders die des Bochumer Vereins, der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft und der Bismarck-Hütte. Die Aktien der Rombacher Hütte, werke, der Oberschlesischen Eisenindustrie und besonders der Harpener Bergbau-Gesellschaft gaben nach. Rüstungswerte unterlagen zum Teil auch heute wieder grösseren Kursabschwächungen, so die Aktien der Rheinischen Metallwaren-Fabrik. Auch die Aktien der Daimler-Akt.-Ges., der Hirsch Kupferwerke und der Deutschen Waffenfabriken gaben nach. Gebessert waren die Aktien der Gebrüder Böhler-Gesellschaft. Elektrowerte waren zum Teil etwas niedriger, die der A. E. G. unter Berücksichtigung des Dividendenabschlags von 12½ pCt. gut behauptet. Die von Wien abhängigen Werte konnten im Zusammenhang mit der gestern in Wien eingetretenen Erholung sich besser behaupten. Das Geschäft in ihnen war aber ziemlich gering.

Im Verlaufe des Verkehrs konnte sich die Tendenz weiter leicht befestigen.

Die Werte mit Einheitskursen waren nicht einheitlich disponiert. Gebessert waren u. a. die Aktien der Gebr. Krüger Gesellschaft, der Vereinigten Mörtelwerke, der Simoniusschen Zellulosefabrik, der Schöller u. Eittorf-Gesellschaft. Niedriger stellten sich u. a. die Aktien der Maschinenfabrik Schwartzkopff, der Werkzeugmaschinenfabrik Pittler, der Eisenwerke Gaggenau, der Berthold Messinglinienfabrik, der Wittener Gussstahlwerke, der Hermann Schütt Akt.-Ges., der Nneuen Boden-Akt.-Ges. und der Passiga-Akt.-Ges.

Im freien Verkehr waren Petroleumwerte erholt, besonders die der Steaua Romana; Kalipapiere blieben bei ruhigem Geschäft ziemlich unverändert. Benz-Aktien gaben nach. Russische Bankaktien verkehrten auf ungefähr gestrigem Stand.

Am Rentenmarkt wiesen heute russische Eisenbahnprioritäten und teilweise auch die Staatsanleihen Kurserholungen auf. Für heimische Renten bestand Nachfrage. Ebenso fanden österreichisch-ungarische Anleihen zu gebesserten Kursen Beachtung.

Telegraphische Auszahlungen	12. 12. Geld	12. 12. Brief	11. 12. Geld	11. 12. Brief	Telegraphische Auszahlungen	12. 12. Geld	12. 12. Brief	11. 12. Geld	11. 12. Brief
Amsterdam, Rotterdam G.	252¾	253¼	255¾	256¼	Wien, Budapest Kr.	64,20	64,80	64,20	64,80
Kopenhag. Kr.	190	190½	194	194½	Sofia L.	80	80½	80	80½
Stockholm Kr.	214¾	215¼	219¾	220¼	Konstant. T.P.	20,05	20,15	20,10	20,20
Christiania Kr.	191¾	192¼	195¾	196¼	Madrid, Barcelon. Ps.	134½	135½	134½	135½
Schweiz ... Fr.	138⅛	138⅝	140⅛	140⅝					

Der Geldmarkt hatte heute wieder ein leichtes Aussehen. Tägliches Geld stand zu 4 pCt. und auch etwas darunter reichlich zur Verfügung.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

New-York, 10. Dezember. (Spezial-Kabeltelegramm.) Bei ziemlich regem Geschäft setzte die Börse zunächst in regelmässiger Haltung ein, wurde aber nach den ersten Umsätzen fester, da vom Auslande günstigere politische Meldungen eintrafen. Namentlich einige Eisenbahnwerte konnten bei regerem Interesse ihren Kursstand verbessern. Die Erholung war aber nicht von langer Dauer, da in ausländische Bonds umfangreiches Angebot an den Markt kam, das auch auf andere Marktgebiete übergriff. Die matte Haltung hielt dann den ganzen Vormittag über an, erst in den Nachmittagsstunden, als die Banken zu Interventionskäufen schritten und sich vermehrte Kauflust für einige Spezialwerte einstellte, konnte sich die Stimmung wieder bessern. Bevorzugt waren die Stammaktien des Stahltrusts, die Aktien der Hauptkohlenbahnen sowie einzelne Kriegswerte. In der letzten Stunde indes erneuten sich die Abgaben, so dass die erzielten Gewinne zum grössten Teil wieder verloren gingen. Der Schlussverkehr vollzog sich in nicht einheitlicher Haltung.

New-York, 10. Dezember. (Privat-Kabeltelegramm.)

	10. 12.	8. 12.		10. 12.	8. 12.
Tendenz f. Geld	fest	nom.	N.-Y. Hudson River	67¼	68
Geld a. 24 Stunden	5½	nom.	N.-Y. Ontario West.	19¾	19¾
Geld a. 24 Stund. l. D.	5¾	nom.	Norfolk u. Western	102	101½
Wechs. a. Berl. (Sicht)	—	—	Northern Pacific	84½	84¼
do. Paris (Sicht)	5,7350	5,7312	Pennsylvania	44⅜	44½
do. Lond. (60Tg.)	4,7125	4,7125	Reading	68⅝	68½
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic.R.Isl.Pac Railw.	18½	18½
Silber Buillon	86⅝	84⅝	Southern Pacific	81	81
North.Pacific 3%Bds.	—	—	do. Railway	24	24
San Franc. 4% Prior Lien Bds. Ser. A.	—	—	do. do. pref.	56½	56½
San Franc. 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	Union Pacific	110½	110⅝
San Franc. 6% Adjust. Bonds	—	—	do. pref.	71	71
South Pacific 4% Bds.	—	—	Wabash pref.	39⅝	39⅝
AtchisonTop. u. St.Fé	82½	82¾	Western Maryland	—	—
Baltimore u. Ohio	47⅞	47¾	American Can	—	—
Canadian Pacific	132¼	132⅜	Amer. Car u. Foundry	64¾	64⅞
Chesapeake u. Ohio	45¾	46	AmericanLocomotive	—	—
Chicago, Milwaukee	38¼	38	Americ. Smelting Ref.	72¼	71⅝
Denver u. RioGrande	5	5	American Sugar Ref.	—	—
Erie	14⅞	15	Anac. Copper Mining	56	55⅝
Erie fst pref.	21½	21½	Bethlehem Steel	74¼	73¼
Great Northern pref.	89	89	Central Leather	—	—
do. Oro Certif.	25¼	25¼	Consolidated Gas	82½	82
Illinois Central	93	93	General Electric	123¼	123
Interborough Consol.	6¾	6¾	Internat. Harvester	—	21[illegible]
Lehigh Valley	53½	53½	Intern. Mercant. com.	—	91[illegible]
Louisville u. Nashv.	113½	113¼	Intern. Mercant. pref.	—	—
Missouri, Kans. u. Tex.	4¼	4⅛	National Lead	42⅛	42
Nat. Railw. Mexiko pr.	5	5	Republ. Iron u. Steel	—	—
Missouri Pacific n. A.	23¼	23	Unit. Stat. Steel Corp.	87⅜	86[illegible]
			do. do. pref.	106¾	107[illegible]
			Utah Copper	77⅝	76[illegible]
			Virg. Carolina Chem.	—	—

*** Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt.** Nach dem Bericht des Fachblattes „Iron Age" über die Lage am amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt belief sich die Roheisenproduktion im November auf 3 206 000 To. gegen 3 303 000 To. im Vormonat und 3 312 000 To. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die wöchentliche Produktionsfähigkeit betrug zu Beginn des gegenwärtigen Monats 749 000 To. gegen 713 000 To. im Vorjahr.

Fonds-Telegramme.

Kopenhagen, 11. Dezember. Sichtwechsel auf Hamburg 5[illegible] (10. 12.: 55,25), auf Amsterdam 134,50 (135,50), auf London 14,70 (14,8[illegible]), auf Paris 55,25 (55,75).

Stockholm, 11. Dezember. Sichtwechsel auf Berlin 51 (10. 1[illegible] 52), auf Amsterdam 125 (126), auf schweizerische Plätze 67 (68), a[illegible] London 13,75 (13,85), auf Paris 51 (51,50).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A: C. Mendelsohn & Co., Kronenstr. 30/31. Ges. sind C[illegible] Mendelsohn u. Marta Caroline Mendelsohn geb. Schewe. Beginn 30. 11. [illegible] — „Rheinpfalz" Wein-Kommission und Versand Em[illegible] Lesser, Dorotheenstr. 31. Inh. ist Emil Lesser. — Schroeder & C[illegible] Sitz jetzt Berlin, Neue Jakobstr. 18. — „Lohengrin" Wilhel[illegible] Schwass. Inh. ist jetzt Anna Schwass geb. Rabe. — August Thi[illegible] Am 1. 12. 17 ist Johannes Herzberg eingetreten. — W. Unrau Nac[illegible] Inh. ist jetzt Martha Havemann geb. Resin. — Julius Treibel Ww[illegible] & Co. lautet die Firma jetzt. Am 1. 11. 17 ist Dr. Georg Schiller [illegible] getreten. — Wustrow & Co. Kommanditgesellschaft. E[illegible] Kommanditistin †, eine neue ist eingetreten. — F. C. Müller & Co. [illegible] Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Franziska Cäcilie Müller geb. Leusch[illegible] — B. Poetschki & Co. lautet die Firma jetzt. Am 1. 11. 17 ist Alf[illegible] H. Hieronymus eingetreten. — Mikolajewicz, Silberbe[illegible] & Segal in Liqu. Die Ges. ist aufgelöst.

Abt. B: Margarineverband (Verband der Margarin[illegible] und Speisefettwerke) G. m. b. H. Stammk. 1 000 000 M. Geschäf[illegible] Felix Fuhrmann. — Vernix Farben und Firnis G. m. b. [illegible] Stammk. 100 000 M. Geschäftsf. Emil Vollmer. — „Oscar Fal[illegible] Akt.-Ges." Das Grundkapital soll um 100 000 M. herabgesetzt wer[illegible] — Studiengesellschaft für Kriegstechnik, Akt.-G[illegible] Hubert Graf von Droste ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lich[illegible]felde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arn[illegible] Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Hand[illegible]zeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil [illegible] Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Rob[illegible] Franke-Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.